

Tagung vom 12. März 2009: Gefährdet der Steuerwettbewerb unsere Wirtschaftsordnung?

Zum Schluss der Tagung zogen Herr Werner Vontobel und Herr Dr. Peter Hablützel die Fazite der Tagung. Diese sind im Folgenden zusammengetragen.

Werner Vontobel, Redaktor Sonntags-Blick und Autor

„Wir leben in einer Welt, in der öffentliche Güter eine zunehmend grosse Rolle spielen“. Mit dieser Feststellung begann Werner Vontobel sein Schlusswort zur kontrapunkt-Tagung. Er begründete dies unter anderem damit, dass man in der heutigen Welt zunehmend voneinander abhängig sei und der Dichtstress zunähme. Das steigere den Bedarf an öffentlichen Gütern. Ein offensichtliches Beispiel dafür seien die Umweltkosten.

Ein weiterer Grund, warum die öffentlichen Güter immer wichtiger würden, sei die vom Markt produzierte Umverteilung von unten nach oben. Das ergebe einerseits für den Staat einen zusätzlichen Bedarf an Umverteilung, andererseits folge daraus das Problem, dass der Steuerwettbewerb zunimmt. Es gebe, so Werner Vontobel weiter, eine zunehmend dünne aber reiche Schicht an Leuten, die nicht mehr als Bürger in einem Land oder einer Kommune leben würden, sondern in einer Situation seien, in der sie sich überlegen könnten, an welchem Standort sie das beste Kosten-Leistungsangebot vorfänden. Darin liege die grosse Gefahr des Steuerwettbewerbs: Dieser erschwere Politik, indem er eine Klasse von Leuten schaffe, die sich über der Politik bewegten und welche so die Steuerpolitik verunmöglichen würden.

„Wir werden einen Wirtschaftscrash erleben, wie wir ihn noch nie gesehen haben“, prophezeite Vontobel. Da gebe es ein gemeinsames Interesse, das wieder ins Lot zu bekommen. Längerfristig müssten die Weichen in Richtung einer Umverteilung am Markt gestellt werden. Der Markt müsse dafür wieder so gesteuert werden, dass er diese Ungleichgewichte nicht mehr produziere. Kurzfristig sei die Lösung aber eine stärkere Besteuerung der Reichen. Werner Vontobel schloss mit der Aussage, dass dieser kurzfristigen Lösung der Steuerwettbewerb, wie ihn die Schweiz praktiziert, sowie das Bankgeheimnis im Wege stünden.

Dr. Peter Hablützel, Berater und ehem. Direktor des Eidgenössischen Personalamts

„Für die einen kann Steuerwettbewerb etwas gutes sein, für die anderen weniger, den Finanzausgleich braucht es aber in jedem Fall“. Diese Schlussfolgerungen zog Peter Hablützel aus der kontrapunkt-Tagung. Beim Steuerwettbewerb reiche die unsichtbare Hand alleine nicht.

Als Historiker und Politikwissenschaftler seien ihm an der Tagung folgende drei Punkte aufgefallen. Erstens müsse aus einer historischen Perspektive gesagt werden, dass die heutige Zeit eine absolute Schwellenzeit sei. Die heutige Krise sei nicht nur eine Finanzkrise, sondern auch eine Systemkrise der Wirtschaft sowie eine Kulturkrise unserer Gesellschaft. Diese Krise sei auch eine grosse Chance für die Schweiz. Denn in solchen Krisenzeiten würden Geschichten kommunikativ aufgeweicht - Geschichten, welche Überzeugungen fast immunisiert hätten. Wir würden jetzt die Chance haben, Neues zu lernen sowie aus der bisher bestehenden Pfadabhängigkeit auszubrechen. Die neuen Freiheitsgrade böten Gestaltungsmöglichkeiten.

Zweitens stellte Hablützel fest, das politische System sei auch betroffen. So, wie dieses bis anhin gewirkt hätte, hätte es dazu geführt, dass die Politik kein eigenes Gewicht habe. Übertrieben hiesse das, dass die Politik die Fortführung der Privatwirtschaft mit anderen Mitteln sei. Die Kleinräumigkeit, das Milizsystem sowie der Filz hätten dazu geführt, dass sich das politische System nie richtig habe ausdifferenzieren können. Es sei zwar kantonal sehr ausdifferenziert, als Gesamtsystem gegenüber einem Wirtschaftssystem sei die Politik aber nicht so stark ausdifferenziert, wie das in umliegenden Staaten der Fall sei. Das habe Vor- und Nachteile. So habe man dank der direkten Demokratie sowie der Überschaubarkeit beispielsweise das Gefühl, man sei hier besser zu Hause als in einem Grossstaat.

Die Aussenpolitik, erläuterte Peter Hablützel weiter, sei ein gutes Beispiel, um das zu zeigen: Lange habe man gesagt, dass es die beste Aussenpolitik sei, keine Politik zu betreiben. Weiter sei es nicht sicher, ob die direkte Demokratie zu einer Politisierung der Gesellschaft geführt habe. Die Politik sei immer schon unter einigen wenigen Köpfen ausgemacht worden. Die direkte Demokratie werde oft als Legitimität benutzt; die wenig ausgeprägte Professionalisierung der Politik führe aber dazu, dass sich die alten Eliten sehr stark halten könnten. Das sei beispielsweise der Grund, warum die Bauern in unserem Land einen überdimensionierten Einfluss auf die Politik hätten. Das werde vermutlich in der jetzigen Krise etwas aufgeweicht.

Die Krise führe zu einer Repolitisierung, hielt Peter Hablützel als dritten Punkt fest. Diese Repolitisierung geschehe insbesondere in der Ethik und der Wertediskussion. Auch die Ökonomie sei eine kulturelle Angelegenheit. Es brauche sehr viel Kommunikation, um Vertrauen aufzubauen, ohne welches nichts laufen würde. In den letzten Monaten habe sich bezüglich dieses Vertrauens einiges geändert. Auch müsse man sich weiter die Frage nach der Gerechtigkeit stellen. Für die Zukunft würden Gerechtigkeitsfragen wichtiger scheinen, als dies momentan der Fall sei. Dabei ginge es nicht darum, was ökonomisch richtig sei, sondern was die Leute denken, wissen und glauben würden. „Auf dieser kommunikativen Ebene bleibt sehr viel zu tun“, schloss Hablützel. In Zusammenhang mit der Krise, in der wir momentan steckten, müsse man mit Überraschungen rechnen.